



PRESSEMITTEILUNG

15. Interkommunales „energi(e)sches“ Treffen der GRÜNEN

Der Europa-Wahlkampf nimmt Tempo auf. Überregionale, nationale, aber auch internationale Themen prägen die Debatte: So das Freihandelsabkommen TTIP, das Europas Umwelt- und Sozialstandards zu unterminieren droht. Höchst spannendes Thema einer Grünen Wahlkampfveranstaltung in Rabenau-Londorf. Dort referierte Eva Goldbach, MdL BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor interessierten Mitbürgerinnen und Mitbürgern.

Gleichzeitig trafen sich in Garbenteich die Vertreter der sog. Südkreis-Grünen, um ihrer lokalen, kommunalen Verantwortung gerecht zu werden.

„Regional denken, lokal handeln“ – das bleibt weiterhin selbstverständliches Motto Grüner Lokalpolitik. Dass dies gerade im Augenblick eher schwierig wird, zeigt sich an den Problemen der kommunalen Finanzausstattung. Trotz erheblicher Steuermehreinnahmen in Deutschland „verhungern“ Städte und Gemeinden am langen Arm der Haushalts-Politiker. Rechtlich gilt das Konnexität-Prinzip: „Wer die Musik bestellt, bezahlt“, so Eckart Hafemann, Pohlheim. „Leider verhält sich das Land nicht angemessen.“ Zwar werden die Baumaßnahmen für öffentliche Gebäude, z.B. Kindergärten, vom Land gefördert. Werden neue KiTas gebaut, entstehen jedoch Folgekosten, insbesondere durch Löhne und Gehälter. Diese werden jedoch nicht oder allenfalls gering bezuschusst. Daraus resultieren steigende Belastungen der Kommunen. Und letztlich hätten diese nur noch die Wahl, ihre Bürger zu schröpfen oder wichtige soziale Leistungen abzubauen. Das ist keine grüne Politik und wäre angesichts der demographischen Entwicklung gerade im ländlichen Raum eine katastrophale Fehlentwicklung.

Dieser Befund wird an den Kosten der Kinderbetreuung deutlich. Durch das von CDU und FDP beschlossene KiFöG drohen in den Kommunen weitere Belastungen. Geld fließt nach Zahl der Kinder in einer Gruppe. Leere Gruppen – leere Kassen. Also werden Gruppengrößen gesteigert, Gemeinden mit niedrigen Kinderzahlen müssen ihre KiTas zusammenlegen, die Wege für die Kleinsten verlängern sich, Beiträge für Eltern steigen. Im Ergebnis politisch vollkommen unerwünscht. Daher richtet sich auch eine klare Forderung an die Grünen-Fraktion in der neuen Landesregierung: Hier muss umgesteuert werden – sonst werden ländliche Gemeinden abgehängt.

Damit verbindet sich das Thema Mobilität in der Region. Immer stärker wird die Verkehrs-Versorgung der ländlichen Gebiete zu einem der wesentlichen Standortfaktoren. Hier diskutieren die Grünen Kommunalpolitiker Möglichkeiten und Chancen der Verbesserung. „Da müssen wir dicke Bretter bohren“, sagt Reimar Stenzel. Ohne die Einbindung interessierter Bürger beispielsweise in die Bürgerbus-Organisation (Überlegungen dazu bestehen in Linden bereits seit längerer Zeit) wird es dabei nicht gehen. Ohne eine Änderung im Bewusstsein wohl auch nicht.. Wie überhaupt in Zukunft keine wirksame Kommunalpolitik denkbar ist ohne die Teilhabe und das Interesse der Bürgerinnen und Bürger für ihr eigenes Lebens- und Arbeitsfeld. Dies gilt für die Energiewende (Stichwort: Genossenschaftlicher Betrieb von Bürgerenergie-Anlagen) ebenso wie für die Entwicklung der alten Ortskerne (Stichwort: Leerstand), betrifft die Dorfläden genauso wie Konzepte zur Wohnort-nahen Versorgung älterer Menschen in ihrer gewohnten Umgebung.

„Wir brauchen Ideen für die Zukunft unserer Kommunen, wenn die Attraktivität nicht mehr durch grenzenloses Wachstum, das nächste Gewerbe- oder Baugebiet gesichert werden kann.“ (Dr. Christof Schütz). Damit sind die Arbeitsfelder für die Zukunft skizziert. Doch außer den GRÜNEN scheint sich dafür niemand zu interessieren.

V.i.S.d.P.: Dr. Christof Schütz, Am Lückenberg 18, 35440 Linden